



An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Heiko Maas

Bundesminister des Auswärtigen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den 16. Dezember 2020

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Ratspräsidentschaft fand in einer für die Europäische Union äußerst herausfordernden Zeit statt. Wir mussten die Grundlagen für die Bewältigung der COVID-19-Pandemie legen, die EU besser für Krisen wappnen und die EU gleichzeitig in Bezug auf Klimaschutz, Digitalisierung und ihre Souveränität nach innen wie nach außen stärken. Diese Herausforderungen haben wir angenommen und gemeinsam europäische Antworten formuliert. Um Ziel und Motto unserer Ratspräsidentschaft – „**Gemeinsam. Europa wieder stark machen**“ – umzusetzen, sind wir mit klarer Schwerpunktsetzung für ein **handlungsfähigeres und innovativeres sowie gerechtes und nachhaltiges Europa** eingetreten.

Mit der historischen **Einigung im Rat auf den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)** der EU (2021-2027) sowie zum Aufbauprogramm „Next Generation EU“ (NGEU) ist es uns gelungen, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Ratspräsidentschaft erfolgreich abzuschließen. Diese Einigung ist das Ergebnis herausfordernder Gespräche und Verhandlungen der letzten Tage, Wochen und Monate. Damit setzt die EU ein eindrucksvolles Zeichen von Solidarität und Handlungsfähigkeit angesichts der Krise. Und mehr als das: Die EU macht sich „fit für die Zukunft“. Mit den finanziellen Mitteln aus MFR und NGEU können wir die großen Herausforderungen der kommenden Jahre in Angriff nehmen, gerade auch in den Zukunftsfeldern im Bereich von Nachhaltigkeit, digitalem Wandel und Biodiversität.

Die Rechtsstaatlichkeit gehört zum Wertefundament des europäischen Projekts. Der neue **Konditionalitätsmechanismus** stärkt die Rechtsstaatlichkeit in der EU und ihren Mitgliedstaaten und schützt den EU-Haushalt vor Missbrauch. Im Kern kann die Europäische Kommission künftig Maßnahmen vorschlagen, wenn im Zusammenhang mit der Vergabe von

EU-Geldern gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstoßen wird. Uns war es dabei ein wichtiges Anliegen, dass durch die erläuternden Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember die Substanz des Mechanismus und der Text der Verordnung erhalten bleiben.

Als EU haben wir mit dieser Einigung unsere Handlungsfähigkeit bewiesen und trotz schwieriger Verhandlungen gezeigt, dass wir als Mitgliedstaaten füreinander und gemeinsam für das europäische Projekt eintreten. Jetzt müssen wir alles daran setzen, dass die Mittel rasch bei den betroffenen Mitgliedstaaten und den Menschen in Europa ankommen!

Mit der **Einführung des neuen Rechtsstaatsdialogs** im Rat haben wir erstmals ein präventives Instrument geschaffen, das einen offenen und konstruktiven Dialog zum Thema zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht. Auf Grundlage des ersten jährlichen Rechtsstaatsberichts der Europäischen Kommission haben wir erfolgreich sowohl eine horizontale als auch eine länderspezifische Aussprache im Rat geführt, was es uns ermöglicht hat, auch die Lage in einzelnen Mitgliedstaaten in den Blick zu nehmen. Dieser Rechtsstaatsdialog ermöglicht es uns, von den Erfahrungen anderer gegenseitig zu lernen und ein besseres, gemeinsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit in der EU zu gewinnen. Es kann auch dabei helfen, problematische Tendenzen frühzeitig zu identifizieren.

Bei der **Bewältigung der Pandemie** ist es uns gelungen, die Zusammenarbeit und Koordination zu den verschiedenen Maßnahmen innerhalb der EU systematisch zu verbessern. Es ist uns dadurch gelungen, Grenzsicherungen zu vermeiden und damit Schengen auch zu Hochzeiten der Pandemie zu erhalten. Auch für die Beschaffung und gleichzeitige Verteilung von Impfstoffen haben wir unsere Kräfte gebündelt. Effizienz und Solidarität sind elementar, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Union gerade in dieser überlebenswichtigen Frage zu erhalten und zu stärken.

Als Ratspräsidentschaft haben wir uns für ein **effektives europäisches Außenhandeln** und die **Stärkung der europäischen Souveränität** eingesetzt. Denn nur als global handlungsfähiger Akteur können wir als EU unsere Werte nach außen vertreten und verteidigen und die geopolitischen Herausforderungen meistern.

Besonders wichtig war mir persönlich, dass wir als EU in unserer Ratspräsidentschaft der künftigen **US-amerikanischen Regierung** ein umfangreiches Kooperationsangebot unterbreiten konnten – im Sinne eines „New Deal“ zur Wiederbelebung unserer transatlantischen Partnerschaft. Auch die Frage des **richtigen Umgangs mit China** hat sich durch unsere Ratspräsidentschaft gezogen: Insgesamt konnten wir während unserer Ratspräsidentschaft

die EU-Geschlossenheit zum Thema China weiter stärken. Auch wenn wir aufgrund der Pandemielage auf das EU-China-Treffen der Staats- und Regierungschefs verzichten mussten, setzen wir einerseits mit der Vereinbarung eines Hochrangigen EU-China-Dialogs zur Klimapolitik unsere Politik der Kooperation fort. Andererseits haben wir unsere gemeinsamen Werte geschlossen vertreten, unter anderem durch EU-Erklärungen und Ratsschlussfolgerungen zur Situation in Hongkong. In unserer Ratspräsidentschaft ist es uns zudem gelungen, die **EU-ASEAN-Beziehungen** zu einer Strategischen Partnerschaft aufzuwerten. Zur Umsetzung der fünf EU-Prinzipien für die Beziehungen zu **Russland** erfolgte eine Bestandsaufnahme mit Blick auf ihre vollumfängliche Implementierung in der Zukunft. Mit dem von uns initiierten Treffen der EU mit den Außenministerinnen und Außenministern aus **Lateinamerika und der Karibik** haben wir einen konkreten Schritt unternommen, um unsere Beziehungen auch mit dieser Region zu intensivieren.

Wir haben Verantwortung übernommen und unser Engagement zur Bewältigung internationaler Krisen intensiviert, sei es bei der Konfliktlösung in **Libyen** im Rahmen des Berliner Prozesses oder mit Sanktionen gegen das repressive Regime in **Belarus** und unserer Unterstützung für die dortige Opposition. Gegen russische Beteiligte an dem **Giftanschlag auf Alexej Nawalny** verhängte die EU restriktive Maßnahmen. Schließlich haben wir nach intensiven Bemühungen um eine Deeskalation im östlichen Mittelmeer angesichts der anhaltenden Provokationen der **Türkei** auf EU-Ebene beschlossen, weitere Sanktionen zu verhängen, gleichzeitig aber das Angebot der Rückkehr zu einer positiven gemeinsamen Agenda aufrecht zu erhalten.

Zur europäischen Souveränität gehört auch **digitale Souveränität**. Diese haben wir mit Initiativen wie dem Gaia X-Projekt für eine sichere und vernetzte europäische Dateninfrastruktur gestärkt und Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz und Datenpolitik auf politischer Ebene vorangebracht.

Es ist in unserer Ratspräsidentschaft gelungen, die für die erste Beitrittskonferenz nötigen **Verhandlungsrahmen mit Albanien und Nordmazedonien** auf Grundlage der neuen Beitrittsmethodik weitestgehend zu finalisieren – auch wenn die erste Beitrittskonferenz trotz intensiver Gespräche aufgrund des Vetos eines Mitgliedstaats leider bislang nicht durchgeführt werden konnte.

Auch unser Ziel der Stärkung der EU-Krisenreaktionsfähigkeit im Außenhandeln konnten wir erreichen: So ist es mit Annahme des **EU-Menschenrechtssanktionsregimes** unter deutscher Ratspräsidentschaft gelungen, die EU mit einem weiteren Instrument für ein starkes, wertebasiertes Außenhandeln auszustatten. Im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik haben wir einerseits im zivilen Bereich mit der **Eröffnung des Europäischen Kompetenzzentrums für Ziviles Krisenmanagement** in Berlin einen wichtigen Beitrag für eine Stärkung des EU-Handelns geleistet. Mit dem unter unserer Ratspräsidentschaft begonnenen Prozess zur Erarbeitung des Strategischen Kompasses sowie mit dem Beschluss zur Beteiligung von Drittstaaten an der **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit** („PESCO“) tragen wir andererseits zur Weiterentwicklung der Fähigkeiten im militärischen Bereich bei. Mit der angestrebten politischen Einigung auf eine Europäische Friedensfazilität wollen wir zudem die Grundlage legen, dass die EU in Zukunft auch Drittstaaten im Verteidigungsbereich ertüchtigen und so zu mehr eigener Verantwortungsübernahme befähigen kann.

Die **Konferenz zur Zukunft Europas** werden wir auch nach Abschluss unserer Ratspräsidentschaft eng begleiten. Ziel ist ein breit angelegter und europaweiter Diskurs mit Bürgerinnen und Bürgern über die längerfristigen Ziele der Europäischen Union, auch unter Einbindung der nationalen Parlamente und der Zivilgesellschaft. Die Grundlagen der Konferenz – eine Gemeinsame Erklärung von Rat, Kommission und Europäischem Parlament zu Inhalten, Ablauf und Struktur – sind in unserer Ratspräsidentschaft weit gediehen.

Diese vorläufige Bilanz soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Arbeit noch bis zum letzten Tag unserer Ratspräsidentschaft weitergeht**: Wir setzen uns weiterhin für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum zukünftigen Verhältnis mit dem Vereinigten Königreich ein und bereiten parallel die notwendigen Notfallmaßnahmen vor für den Fall, dass kein Abkommen erzielt werden kann. Denn hier gilt weiterhin: Ein Abkommen wäre in beiderseitigem Interesse – aber nicht um jeden Preis; die Integrität des europäischen Binnenmarkts muss gewahrt bleiben.

Auch nach Ende unserer Ratspräsidentschaft sind wir bereit, unseren Beitrag zur Stärkung der Solidarität und Souveränität Europas zu leisten. Ich freue mich, dass Portugal als nachfolgende Präsidentschaft plant, viele der für uns zentralen Dossiers fortzuführen und entschlossen voranzubringen. Dabei werden wir unsere Trio-Partner Portugal sowie anschließend Slowenien tatkräftig unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

